

BDSV unterstützt Position des BDI zum Wertstoffgesetz

Die BDSV Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling- und Entsorgungsunternehmen e. V. begrüßt das heutige Schreiben des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) zur Konzeption des künftigen Wertstoffgesetzes ausdrücklich.

„Es ist seit jeher auch unser Credo, dass marktwirtschaftliche Prinzipien auf allen Stufen der Entsorgungskette im Sinne einer funktionierenden Recyclingwirtschaft eingehalten werden müssen. Deshalb unterstützen wir die Forderung des BDI, dass sich auch öffentlich-rechtliche Akteure dem Wettbewerb zu stellen haben“, betont BDSV-Hauptgeschäftsführer Dr. Rainer Cosson.

Als größter europäischer Stahlrecyclingverband erachte die BDSV in Übereinstimmung mit der Industrie die von Länderseite und Kommunalverbänden ins Spiel gebrachte kommunale Organisationsverantwortung für die Einsammlung der Wertstoffe als „hochproblematisch.“ Sie stehe auch im Widerspruch mit dem marktwirtschaftlichen Ansatz, zu dem sich die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD im Juni bekannt hätten und auf dessen Grundlage das Bundesumweltministerium derzeit einen Gesetzentwurf erstelle.

Eine Auseinandersetzung, ob das, was die Länder und Kommunen forderten, als „Kommunalisierung“ zu bezeichnen sei oder nicht, sei „überflüssig.“ Ganz gleich, mit welcher Begrifflichkeit man eine Neuordnung der Wertstofffassung letztendlich versee, sieht die BDSV in dem Konzept der Länder und Kommunen einen Verstoß gegen die wettbewerbliche Grundordnung.

Zuständig für Rückfragen:

Projektmanager Public Relations Cord C. Schulz, Tel. 0211 828953-33

Die BDSV ist ein bundesweit tätiger Wirtschaftsverband. Sie vertritt die Interessen von rund 550 Betrieben, die im Bereich Stahlrecycling und in weiteren Entsorgungssparten tätig sind. Die BDSV ist damit der größte Stahlrecycling-Verband in Europa. Die Gesamt-Mitarbeiterzahl der deutschen Stahlrecycling-Wirtschaft beträgt ca. 38 000. Der Gesamtumsatz bei der Versorgung der Stahlwerke und Gießereien, einschließlich Ausfuhr, betrug im Jahr 2014 ca. 16,0 Mrd. Euro.